

Policy Brief

Katja Rietzler¹

Schriftliche Stellungnahme für die Anhörung Enquete-Kommission zur Bewertung der Tragfähigkeit der öffentlichen Haushalte in Nordrhein-Westfalen unter den Bedingungen der Schuldenbremse und des demografischen Wandels in der Dekade 2020 bis 2030

am 13.3.2014

Aufgrund der Alterung der Bevölkerung wird die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter in den kommenden Jahrzehnten stark zurückgehen. Dies gilt für Deutschland insgesamt wie für Nordrhein-Westfalen. Für sich genommen geht von der demografischen Entwicklung eine negative Wirkung auf das Produktionspotenzial aus. Durch eine geeignete Kombination verschiedener Maßnahmen können negative Auswirkungen des demografischen Wandels jedoch erheblich abgemildert werden. Neben vermehrten öffentlichen Investitionen und Bildungsanstrengungen ist eine höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen sowie eine Erhöhung der wöchentlichen Arbeitszeit von Frauen zentral. Dies ist nicht ohne einen massiven weiteren Ausbau der Kinderbetreuungsmöglichkeiten möglich. Reformen bei der Ehegattenbesteuerung können zusätzliche Arbeitsanreize schaffen.

¹ Institut für Konjunkturforschung (IMK) in der Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf,
katja-rietzler@boeckler.de.

Schriftliche Stellungnahme für die Anhörung Enquete- Kommission zur Bewertung der Tragfähigkeit der öffentlichen Haushalte in Nordrhein- Westfalen unter den Bedingungen der Schuldenbremse und des demografischen Wandels in der Dekade 2020 bis 2030

am 13.3.2014

Dr. Katja Rietzler

Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK)
in der Hans-Böckler-Stiftung

10.3.2014

Zu den Fragen im Einzelnen:

1. Welche Wirtschaftsentwicklung prognostizieren Sie für die Dekade 2020 bis 2030 in NRW?

Das IMK veröffentlicht regelmäßig kurzfristige Konjunkturprognosen für Deutschland und andere wichtige Industrienationen. Das Institut erstellt weder Prognosen für einzelne Bundesländer noch für die lange Frist.

Erwarten Sie eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Entwicklung in NRW aufgrund eines sinkenden Erwerbspersonenpotentials im Zuge des demographischen Wandels?

Für die kommenden 20-25 Jahre ist die demografische Entwicklung insbesondere bezüglich der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter weitgehend vorgegeben. Abweichungen von aktuellen Berechnungen können sich jedoch durch Abweichungen beim Wanderungssaldo ergeben. Eine veränderte Geburtenzahl, die aktuell nicht erkennbar ist, würde sich erst deutlich nach 2030 auswirken.

Modellrechnungen für Nordrhein-Westfalen (Cicholas und Ströker 2012) gehen bis 2030 von einer deutlich sinkenden Zahl von Erwerbspersonen aus. Dabei werden zwei Szenarien unterschieden. Das eine (konstante Variante) unterstellt eine konstante Erwerbsbeteiligung, das andere (Trendvariante) eine höhere Erwerbsbeteiligung infolge einer verkürzten Schulzeit, eines späteren Renteneintritts und einer höheren Erwerbsbeteiligung von Frauen.

Legt man diese Berechnungen (Trendvariante) zugrunde, so würde das Arbeitsangebot bis 2030 gegenüber 2015 deutlich abnehmen, was für sich genommen auch das Produktionspotenzial entsprechend verringern würde. Dies würde aber insbesondere dann gelten, wenn sich nur die Zahl der Erwerbspersonen, nicht aber die durchschnittlich gearbeitete Stundenzahl verändern würde. Nimmt man aber auf der Grundlage der

Modellrechnung zusätzlich an, dass sich die durchschnittliche wöchentliche Zahl der Arbeitsstunden bei den Frauen von 25,8 Stunden pro Woche (Berichtsjahr: 2012, Destatis 2013a) mittelfristig auf das Niveau der Ostdeutschen Länder (einschließlich Berlin) von knapp 29,5 Stunden erhöht, dann könnte man den Rückgang bei der Zahl der Erwerbspersonen – zumindest bis 2030 – weitgehend kompensieren.

Eine wichtige Voraussetzung dafür wäre eine weitere Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie in Nordrhein-Westfalen insbesondere durch einen weiteren Ausbau der Kinderbetreuung. Hier weist das Land immer noch einen großen Rückstand auf. Bei der Betreuung von Kindern unter 3 Jahren war Nordrhein-Westfalen am 1.3.2013 (Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2013) mit einer Betreuungsquote von 19,9 % nach wie vor das Schlusslicht. Die Betreuungsquote der Älteren Kinder (3 bis unter 6 Jahre) liegt in Nordrhein-Westfalen geringfügig unter dem Bundesdurchschnitt. Wenngleich der Anteil der ganztags betreuten Kinder in dieser Altersgruppe mit 39,8 % über dem deutschen Durchschnitt liegt, bestehen auch hier noch erhebliche Erweiterungsmöglichkeiten. So wurden in Berlin und in allen ostdeutschen Bundesländern zum Stichtag 1.3.2013 über 60 % der Kinder ganztags betreut, in Thüringen waren es sogar 88%. Darüber hinaus könnten auch Veränderungen beim Steuerrecht wie beispielsweise eine verfassungskonforme Begrenzung/Reform des Ehegattensplittings, etwa durch einen übertragbaren Freibetrag, zu einer stärkeren Erwerbsbeteiligung von Frauen beitragen. Hier kann das Land Nordrhein-Westfalen jedoch nicht allein handeln.

Das Arbeitsangebot ist nur einer der Bestimmungsgründe für das Produktionspotenzial. Ein weiterer wichtiger Faktor für das Produktionspotenzial ist der Kapitalstock. Infolge der seit Jahren anhaltenden Investitionsschwäche¹ wächst dieser jedoch deutlich verlangsamt. Die Nettoinvestitionen der deutschen Volkswirtschaft waren seit 1991 in der Tendenz rückläufig. Im Jahr 2013 betrugen sie nur noch knapp 50 Mrd. Euro, also weniger als ein Drittel des Werts von 1991. Laut VGR der Länder haben sich in Nordrhein-Westfalen sowohl die Bruttoanlageinvestitionen als auch das Nettoanlagevermögen langsamer entwickelt als im Bundesdurchschnitt². Hält diese Entwicklung an, so wird der demografische Wandel durch die Investitionsschwäche noch verschärft. Für eine Trendwende spielen insbesondere die öffentlichen Investitionen eine wichtige Rolle. Ihre Ausweitung dürfte in der aktuellen Situation zu einem spürbaren „Crowding-in“, also einer gesteigerten privaten Investitionstätigkeit, führen (vgl. z.B. Afonso und González Alegre 2008).

Der dritte wichtige Faktor, der das Produktionspotenzial maßgeblich beeinflusst ist die totale Faktorproduktivität, die die Wirkung des technischen Fortschritts auf das Produktionspotenzial widerspiegelt. Sie erklärt bereits heute einen wesentlichen Teil des Potenzialwachstums. Für eine weitere Steigerung sind vermehrte Anstrengungen im Bildungssystem erforderlich. Wenngleich hohe Ausgaben nicht immer mit einem qualitativ

¹ Diese wird inzwischen für den privaten wie den öffentlichen Sektor als ein zentrales Problem in Deutschland angesehen (Bach et al. 2013, RWI 2013).

² http://www.vgrdl.de/Arbeitskreis_VGR/ergebnisse.asp?lang=de-DE#LA-CF-GS

hochwertigen Bildungssystem gleichzusetzen sind, so spricht einiges dafür, dass sich stark unterdurchschnittliche Bildungsausgaben auch bei der Qualität niederschlagen. Deutschland insgesamt weist in allen Bildungsbereichen relativ zu anderen OECD-Ländern stark unterdurchschnittliche Ausgaben aus (Spieß 2013). Gleichzeitig waren beispielsweise die Ausgaben für öffentliche Schulen je Schüler in NRW im Jahr 2010 die niedrigsten aller Bundesländer. Auch bei den Ausgaben für Lehre und Forschung je Studierende(n) belegte NRW den drittletzten Platz (Destatis 2013b). Die Schüler-Lehrer-Relation war in NRW im Schuljahr 2010/2011³ mit 16,6 deutlich ungünstiger als Bundesdurchschnitt, wo sie bei 15,9 Schülern je Lehrkraft lag (Destatis 2013a, S. 42).

Ohne ein Gegensteuern wäre in der Tat zu erwarten, dass das Produktionspotenzial (und auch die tatsächliche wirtschaftliche Aktivität) infolge des demografischen Wandels bis 2030⁴ deutlich verlangsamt zunehmen wird. Es gibt allerdings eine Vielzahl von Stellschrauben, an denen man ansetzen kann, um die Wachstumsperspektiven auch bei den absehbaren demografischen Veränderungen zu verbessern. Werden Maßnahmen zur Erhöhung der Frauenerwerbstätigkeit, zur Erhöhung des Kapitalstocks und zur Innovationskraft der Wirtschaft kombiniert, so können die Wirkungen einer durch den demografischen Wandel zu erwartenden Verringerung des Erwerbspersonenpotenzials deutlich vermindert, wenn nicht gar vermieden werden.

Tabelle 1: Maßnahmen zur Wachstumssteigerung

Wachstumstreiber	Maßnahmen
Partizipationsquote	• Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf (frühkindliche Betreuung, Ganztagschulen, mehr Teilzeitmöglichkeiten) • Schaffen von steuerlichen Anreizen zur erhöhten Erwerbsbeteiligung von Eheleuten • Erhöhung des effektiven Renteneintrittsalters • Verkürzung von Schul-, Studien- und Ausbildungszeit durch Senkung von Abbrecherquoten und effizientere Übergänge im Bildungssystem
Erwerbslosenquote	Förderung von Aus- und Weiterbildung
Jahresarbeitszeit	Abbau unfreiwilliger Teilzeit
Nettozuwanderung	Gewinnung von qualifizierten Fachkräften aus dem Ausland
Investitionsquote	• Stärkere Mobilisierung der Ersparnis für inländische Investitionen • Produktive Investitionsanlässe: Energiewende, Pflege und Ausbau international konkurrenzfähiger Wertschöpfungsketten im Unternehmenssektor, Verbesserung der Infrastruktur, Ausbau von Betreuungs- und (frühkindlichen) Bildungseinrichtungen, demografiegerechter Umbau von Wohnungen
TFP	• Quantitative und qualitative Ausweitung der FuE-Anstrengungen • Stärkung der Innovationsfähigkeit von Unternehmen • Verstärkte Bildungsanstrengungen vom frühkindlichen bis hin zum tertiären Bereich

Quelle: Borger et al. 2013, S. 26.

Zu diesem Schluss kommt auch eine Studie der KfW (Borger et al. 2013), die in Modellrechnungen für Gesamtdeutschland feststellt, dass mit einer Kombination verschiedener Maßnahmen längerfristig ein reales Pro-Kopf-Wachstum von 2 % realisierbar ist.

³ Neuere Zahlen liegen noch nicht vor.

⁴ Und auch darüber hinaus, aber der Fokus liegt hier auf dem Zeitraum bis 2030.

Die Ergebnisse dürften in der Tendenz auf Nordrhein-Westfalen übertragbar sein. Tabelle 1 gibt einen Überblick über die von der KfW empfohlenen Maßnahmen zur Wachstumssteigerung.

Da die reale Pro-Kopf-Wachstumsrate von 2 % deutlich oberhalb der seit 1991 realisierten Pro-Kopf-Wachstumsrate liegt, würde ein etwas weniger ambitioniertes Programm bereits ausreichen, um den Status-Quo zu erhalten.

2. Die Krisenfestigkeit der deutschen Wirtschaft insbesondere im Gefolge der globalen Finanzmarktkrise ist maßgeblich durch ihre industrielle Stärke bedingt. Was kann die Politik dazu beitragen, industrielle Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen zu erhalten und neu zu gewinnen, und damit Voraussetzungen zur Bewältigung des demografischen Wandels zu verbessern?

Der in der Frage enthaltenen Aussage, dass die industrielle Stärke Deutschlands maßgeblich zur Überwindung der Finanzkrise beigetragen hat, kann so nicht ohne weiteres zugestimmt werden. Aufgrund seines hohen Exportanteils war Deutschland von der Finanzkrise 2008/2009 stark betroffen. Das Bruttoinlandsprodukt ist 2009 hierzulande stärker eingebrochen als im Durchschnitt des Euroraums. Grundsätzlich ist der Exportanteil im Verarbeitenden Gewerbe besonders hoch. Daher ist auch nicht erstaunlich, dass das reale Bruttoinlandsprodukt im Krisenjahr 2009 in den Bundesländern am stärksten eingebrochen ist, in denen das verarbeitende Gewerbe den höchsten Anteil an der Wertschöpfung hat (Baden-Württemberg, Saarland) bzw. am wenigsten eingebrochen ist, wo der Anteil des Verarbeitenden Gewerbes an der Wertschöpfung am geringsten ist (Mecklenburg-Vorpommern, Berlin, Hamburg). Die Krisenanfälligkeit war also dort besonders hoch, wo das verarbeitende Gewerbe einen großen Anteil an der Wertschöpfung hat.

Deutschland ist vor allem deshalb gut durch die Krise gekommen, weil die Wirtschaftspolitik mit den Konjunkturpaketen und einer Ausweitung der Kurzarbeit die Nachfrage gestützt hat. Durch die Maßnahmen konnte die Beschäftigung auf hohem Niveau stabilisiert werden. Bei der Überwindung von Wirtschaftskrisen spielt die Wirtschaftspolitik also eine zentrale Rolle (vgl. Herzog-Stein et al. 2013).

Dennoch ist die Industrie zweifellos wichtig für die regionale Wirtschaftsentwicklung. Wenn es darum geht, industrielle Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen zu erhalten, dann sollte der Schwerpunkt auf günstigen Rahmenbedingungen liegen wie einer modernen öffentlichen Infrastruktur und gut ausgebildeten Fachkräften. Durch ein leistungsfähiges Bildungssystem sollten zudem die Voraussetzungen für Innovationen gestärkt werden.

3. Ein vielfach beschriebenes Zukunftsszenario ist das von vergleichsweise bescheidenen Wachstumsraten des BIP verknüpft mit tendenziell geringeren Staatseinnahmen aufgrund des Rückgangs des Erwerbspersonenpotentials bei steigenden Staatsausgaben sowie dem Erfordernis einer Rückführung der Staatsverschuldung. Zugleich ist die deutsche Wirtschaft, insbesondere in Nordrhein-Westfalen, in hohem Maß in die internationale wirtschaftliche Arbeitsteilung eingebunden und einem sich weiter verschärfenden internationalen Wettbewerb ausgesetzt. – Wird dieses Szenario als wahrscheinlich angesehen und was kann Politik und insbesondere Landespolitik tun, dass Wirtschaft und Arbeitsmarkt bestmöglich zukünftigen Anforderungen gerecht werden können?

Aufgrund steigender Versorgungsleistungen besteht in der Tat für sich genommen eine Tendenz zu steigenden Ausgaben im Landeshaushalt. Gleichzeitig gibt es kaum Möglichkeiten, diese durch Einsparungen an anderer Stelle auszugleichen. Vielmehr ist in einigen Bereichen eine zusätzliche Ausweitung der Ausgaben notwendig, um den Folgen der demografischen Entwicklung gegenzusteuern (vgl. Frage 2). Da wir bereits heute eine erhebliche Unterfinanzierung der öffentlichen Haushalte verzeichnen⁵, müssen zusätzliche Einnahmequellen erschlossen werden. Aufgrund der nach wie vor sehr ungleichen Einkommens- und Vermögensverteilung (Schmid und Stein 2013, Grabka und Westermeier 2014) sollten hohe Einkommen und Vermögen dabei im Fokus stehen⁶. Steuererhöhungen sind notwendig, um wichtige Zukunftsinvestitionen tätigen zu können, die Kommunen zu unterstützen und dennoch die Schuldenbremse einhalten zu können, die ab 2020 (strukturell) ausgeglichene Landeshaushalte erfordert. Hätte man sich bei der Ausgestaltung der Schuldenbremse an den Empfehlungen des Sachverständigenrats (2007) orientiert und die sogenannte „Golden Rule“ implementiert, wonach (Netto-)Investitionen durch Schulden finanziert werden können, dann wären geringere Steuererhöhungen notwendig.

Der intensive Wettbewerb, der in der Frage angesprochen wird, ist bereits heute Realität. Vor diesem Hintergrund ist die Innovationsfähigkeit der Wirtschaft besonders wichtig. Zusätzliche Investitionen, insbesondere in Bildung und Infrastruktur, sind daher unverzichtbar. Ausgabenkürzungen sind daher gerade das falsche Konzept, um dem demografischen Wandel zu begegnen. Diese würden vermutlich – wie bereits häufig in der Vergangenheit – insbesondere die Investitionen treffen und das Wachstum zusätzlich zu den Effekten des demografischen Wandels schwächen.

Vielmehr muss mit einer Strategie aus vielen Einzelmaßnahmen aktiv gegengesteuert werden (vgl. Antwort zu Frage 2). Hier müssen auch die verschiedenen Gebietskörper-

⁵ Die Steuermindereinnahmen aufgrund von Steuerrechtsänderungen seit Ende der 1990er Jahre betragen nach Berechnungen des IMK allein im Jahr 2013 rund 45 Mrd. Euro (Rietzler et al. 2013), davon entfielen über 6 Mrd. Euro auf das Land Nordrhein-Westfalen und seine Kommunen.

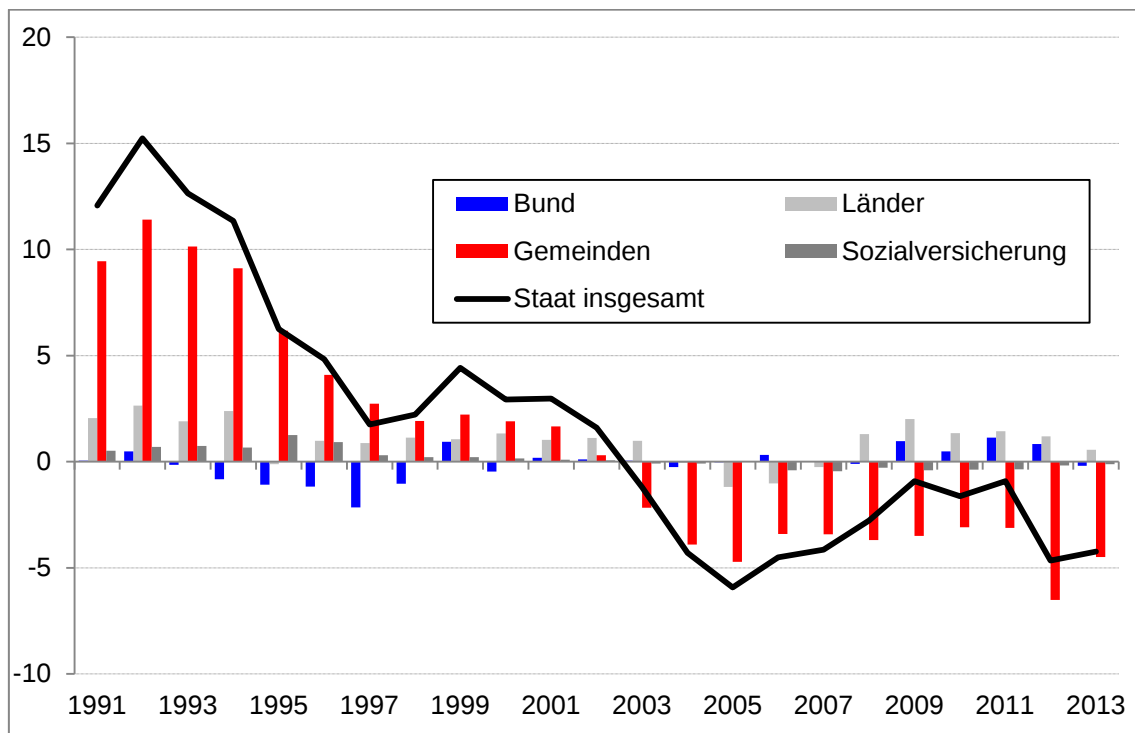
⁶ Denkbar wäre eine Kombination aus einer Anhebung des Spitzensteuersatzes, wie beispielsweise von der SPD noch im Bundestagswahlprogramm vorgeschlagen, einer deutlichen Anhebung der Erbschaftsteuer auf das Doppelte, wie von den Grünen im Bundestagswahlkampf gefordert, sowie die Wiedererhebung der Vermögensteuer nach dem von Bach und Beznoska (2012) im Auftrag von Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Hamburg und Nordrhein-Westfalen analysierten Konzept (vgl. Rietzler 2013). Für Nordrhein-Westfalen würden alle drei Maßnahmen zusammen jährlich ein zusätzliches Aufkommen nach Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen von 4,2 Mrd. Euro bringen, wobei Ausweichreaktionen bei der Vermögensteuer bereits berücksichtigt sind.

schaften eng zusammenarbeiten, weil die notwendigen Maßnahmen nicht von Nordrhein-Westfalen allein eingeleitet werden können.

4. Welcher Infrastrukturinvestitionen des Landes Nordrhein-Westfalen bedarf es insbesondere, um die Leistungskraft von Wirtschaft und Arbeitsmarkt zu erhalten und zu stärken?

Aktuelle Zahlen für Gesamtdeutschland zeigen, dass der Substanzverzehr beim öffentlichen Kapitalstock auch im vergangenen Jahr weiter vorangeschritten ist (Abbildung 1). Während die Nettoinvestitionen im Durchschnitt der Länder geringfügig positiv waren, zeigte sich auf kommunaler Ebene erneut ein erheblicher Substanzverzehr. Da die entsprechenden Daten der VGR nicht für einzelne Bundesländer zur Verfügung stehen, können keine exakten Angaben für Nordrhein-Westfalen und seine Kommunen gemacht werden. Angesichts der schwierigen Finanzlage in zahlreichen Kommunen insbesondere im Ruhrgebiet ist aber davon auszugehen, dass die Entwicklung in Nordrhein-Westfalen nicht günstiger war als im Bundesdurchschnitt.

Abbildung 1: Nettoinvestitionen der Gebietskörperschaften



Quelle: Destatis, Berechnungen des IMK.

Allein bei der Verkehrsinfrastruktur besteht nach Berechnungen des DIW Berlin (Kunert und Link 2013) jährlich ein bundesweiter zusätzlicher Investitionsbedarf von 6,5 Mrd. Euro⁷, wobei der Löwenanteil auf Landes-, Kreis- und Gemeindestraßen entfällt. Eine ähnliche Größenordnung hat der von der Kommission „Zukunft der Verkehrsinfrastrukturfinanzierung“ (2012) ermittelte Ersatz- und Nachholbedarf.

Wie oben dargelegt, muss der Investitionsstau in Nordrhein-Westfalen im Rahmen einer Gesamtstrategie zur Abmilderung der Folgen des demografischen Wandels für die

⁷ In Preisen von 2005.

Wirtschaftsentwicklung dringend überwunden werden. Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur und insbesondere auch in den öffentlichen Personennahverkehr spielen dabei auch deshalb eine wichtige Rolle, weil eine hohe Mobilität von Arbeitskräften infolge der sehr heterogenen demografischen Entwicklung in Nordrhein-Westfalen erforderlich ist.

5. Inwieweit können das Land NRW und seine Kommunen eine Steigerung des prognostizierten Wirtschaftswachstums vor dem Hintergrund der internationalen Wirtschaftsentwicklungen beeinflussen und welche fiskalischen Voraussetzungen müssen hierfür erfüllt sein?

Vgl. Fragen 2 und 4.

6. Wie wirkt sich der Demographische Wandel auf die Einnahmeentwicklung der öffentlichen Haushalte des Landes und der Kommunen aus? Wie entwickeln sich die Zuweisungen aus den Mischsteuereinnahmen und den damit verbunden Zuweisungen im Rahmen der Verbundsysteme (u.a. KFA, LFA)?

Aussagen über den Länderfinanzausgleich können nur bezüglich der aktuellen Ausgestaltung gemacht werden. Hier gehört NRW seit 2007 zu den Empfängerländern im LFA. Da sich die Wirtschaft in NRW im Vergleich mit dem deutschen Durchschnitt deutlich langsamer entwickelt, ist damit zu rechnen, dass NRW im Länderfinanzausgleich bis 2019 zu den Empfängerländern gehören wird.

Für das kommende Jahrzehnt können keine seriösen Prognosen gemacht werden, weil die Neugestaltung der föderalen Finanzbeziehungen noch aussteht.

7. Welche Anforderungen an das fiskalische Ausgleichssystem zwischen den Ebenen (Bund-Länder-Kommunen - KFA / LFA) müssen zukünftig vor dem Hintergrund der heterogenen Entwicklungstendenzen des Demographischen Wandels erfüllt werden, um die Sicherstellung der Daseinsvorsorge gewährleisten zu können?

Die fiskalischen Ausgleichssysteme (LFA, KFA) sollten sich auch in der Zukunft am Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse orientieren. Dabei müssen regionale Disparitäten innerhalb der Länder und strukturschwache Regionen berücksichtigt werden. Eine Stärkung des vertikalen Ausgleichs (BEZ, Zuweisungen des Landes) wäre dabei sinnvoll. Unabhängig von der konkreten Ausgestaltung des LFA und des KFA sollte die Unterfinanzierung des Staates durch steuerliche Maßnahmen bei Spitzenverdienern und Vermögenden beseitigt werden. Nachzudenken wäre auch über einen kommunalen Entschuldungsfonds wie von Truger und Eicker-Wolf (2013) vorgeschlagen.

Literatur:

- Afonso, A. / González Alegre, J. (2008): Economic Growth and Budgetary Components, A Panel Assessment for the EU, ECB Working Paper Nr. 848, Januar.
- Bach, S. / Baldi, G. / Bernoth, K. / Bremer, B. / Farkas, B. / Fichtner, F. / Fratzscher, M. / Gornig, M. (2013): Wege zu einem höheren Wachstumspfad, DIW Wochenbericht 26/2013, S. 6-17.
- Borger, K., Lüdemann, E., Zeuner, J., Zimmermann, V. (2013): Deutsches Wirtschaftswachstum in der Demografiefalle: Wo ist der Ausweg? KfW Economic Research, Studien und Materialien, Frankfurt am Main, November.
- Cicholas, U., Ströker, K. (2012): Auswirkungen des demografischen Wandels, Modellrechnungen zur Entwicklung der Privathaushalte und Erwerbspersonen in Nordrhein-Westfalen, Statistische Analysen und Studien, Band 74, it.nrw, Düsseldorf.
- Destatis (2013a): Mikrozensus, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit Stand und Entwicklung der Erwerbstätigkeit 2012, Fachserie 1 Reihe 4.1.1, Wiesbaden.
- Destatis (2013b): Bildungsfinanzbericht
- Eicker-Wolf, K., Truger, A. (2013): Kurzstudie: Kommunalfinanzbericht 2013, Perspektiven der Kommunalfinanzen in Nordrhein-Westfalen: Anforderungen an die Bundes- und die Landespolitik, Studie im Auftrag von ver.di NRW, Landesfachbereich Gemeinden.
- Herzog-Stein, A., Lindner, F., Zwiener, R. (2013): Nur das Angebot zählt? Wie eine einseitige deutsche Wirtschaftspolitik Chancen vergeben hat und Europa schadet, IMK Report Nr. 87, November, Düsseldorf.
- Kommission „Zukunft der Verkehrsinfrastrukturfinanzierung“ (2012): Bericht der Kommission „Zukunft der Verkehrsinfrastrukturfinanzierung“, Dezember.
- Kunert, U., Link, H. (2013): Verkehrsinfrastruktur: Substanzerhaltung erfordert deutlich höhere Investitionen, in: DIW Wochenbericht Nr. 26.2013, S. 32-38.
- Rietzler, K., Teichmann, D., Truger, A. (2013): IMK-Steuerschätzung 2013-2017: Steuerpolitik am Scheideweg, IMK Report Nr. 81, April.
- Rietzler, K. (2013): Öffentliche Einnahmen des Landes Rheinland-Pfalz, Entwicklung, Struktur und Optionen für eine Aufkommenserhöhung, IMK Policy Brief.
- RWI (2013): Die wirtschaftliche Entwicklung im Ausland und im Inland zur Jahresmitte 2013, RWI Konjunkturbericht, Jahrgang 64, Heft 3, Essen.
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, SVR (2007): Staatsverschuldung wirksam begrenzen, SVR-Expertise im Auftrag des Bundesministers für Wirtschaft und Technologie, März.
- Schmid, K., Stein, U. (2013): Explaining Rising Income Inequality in Germany 1991 – 2010, IMK Study Nr. 32, September.
- Spieß, C. K. (2013): Investitionen in Bildung: Frühkindlicher Bereich hat großes Potenzial, in: DIW Wochenbericht Nr. 26.2013, S. 40-47.
- Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2013): Kindertagesbetreuung regional 2013, Wiesbaden.

Publisher: Hans-Böckler-Stiftung, Hans-Böckler-Str. 39, 40476 Düsseldorf, Germany
Phone: +49-211-7778-331, IMK@boeckler.de, <http://www.imk-boeckler.de>

IMK Policy Brief is an irregular online publication series available at:
http://www.boeckler.de/imk_5036.htm

The views expressed in this paper do not necessarily reflect those of the IMK or the Hans-Böckler-Foundation.

All rights reserved. Reproduction for educational and non-commercial purposes is permitted provided that the source is acknowledged.

**Hans Böckler
Stiftung** 

Fakten für eine faire Arbeitswelt.
